

# nachrichten

## Steuerhinterziehung

Die indonesische Regierung hat einen ausländischen leitenden Angestellten inhaftiert, weil er insgesamt 5,4 Millionen US-Dollar an Einkommenssteuern nicht gezahlt hat. Der Manager einer Öl- und Gasfirma ist der erste Ausländer, der im Rahmen der »Eintreibungskampagne der Regierung« ohne einen Prozess inhaftiert wurde. Der Betroffene soll so lange im Cipinang-Gefängnis in Jakarta festgehalten werden, bis er seine Schulden beglichen hat. Hadi Purnomo, der als Generaldirektor für Steuern im Finanzministerium tätig ist, erklärte, das Ministerium habe das Recht, unkooperative Steuerzahler festzuhalten, die der Regierung mindestens 10.000 US-Dollar schuldeten. Purnomo gab die Nationalität des Mannes nicht preis, sagte aber, seine nationale Botschaft sei informiert worden.

Das Steuerbüro hatte im Oktober 2003 weiteren 70 Verdächtigen mit dem selben Schicksal gedroht. Denn die Regierung hatte im März dieses Jahres festgestellt, dass Steuerzahler dem Staat insgesamt zwei Milliarden US-Dollar schuldeten, die sich über das letzte Jahrzehnt angesammelt hätten. Ein großer Anteil der Schulden soll von ausländischen Firmen und Einzelpersonen stammen.

vgl. The Jakarta Post, 11.11.2003

## Menschenrechtsverletzungen

Die Nationale Kommission für Menschenrechte, Komnas HAM, hat ein Ad-hoc-Team gebildet, um die Vorfälle von Wasior (2001) und von Wamena (2003) in der Provinz Papua zu untersuchen. Die Verletzung der Menschenrechte geschah jeweils zu Zeiten, in denen die Armee gegen die Bewegung Freies Papua (OPM) in den beiden Regionen vorging. Safrøedin Bahar, Vorsitzender des Untersuchungsteams zu Menschenrechten in Papua, sagte, in Wasior seien 16 Menschen inhaftiert und drei Personen getötet worden. Es seien Häuser verbrannt und viele Menschen gefoltert worden. Die Täter stammten aus der Spezialeinheit Brimob. In Wamena sind im April 2003 48 Menschen verhaftet und 7.000 Personen zwangsweise vertrieben worden. Die Täter sollen aus der Armee stammen. Laut eigener Angaben hat Safrøedin seine Erkenntnisse bereits mit Präsidentin Megawati besprochen.

Komnas HAM hat der Regierung empfohlen, in naher Zukunft eine Verordnung zu erlassen, in der sie die Formierung einer Volksversammlung Papua (MPP) beschließt.

vgl. Kompas, 14.11.2003

Die indonesische Regierung hat das Kriegsrecht für Aceh, die nördlichste Provinz Sumatras, für weitere sechs Monate verlängert. Dabei hat sie jegliche Bedenken hinsichtlich der Kosten für den militärischen Einsatz und der politischen, ökonomischen sowie humanitären Folgen des Krieges für Aceh und Indonesien ignoriert. Kiki Syahnakri, ehemaliger Vize-Stabschef des Militärs, begründete die Entscheidung damit, die Verlängerung sei notwendig, um »den Elan des Sieges zu erhalten«.

Die Ziele der Militäroperation haben bisher darin bestanden, die Bewegung Freies Aceh (GAM) daran zu hindern, terroristische Aktionen durchzuführen, und die militärische Macht der GAM einzudämmen. Diese

## Rückführung von Leiharbeitern

Das Ministerium für Arbeit und Transmigration hat bekannt gegeben, dass 48.000 Leiharbeiter (TKI) von Malaysia nach Indonesien zurückgeschickt werden, weil ihr Vertrag ausgelaufen sei. Die Rückführung soll innerhalb der nächsten zwei Jahre vollzogen werden. Bisher wurden 2.600 Indonesier zurückgeschickt. Die Rückkehr der TKI ist in Verträgen vereinbart worden, die ehemals von privaten Unternehmen mit der malaysischen Regierung geschlossen wurden.

Vor einiger Zeit wurde berichtet, dass insgesamt 45.000 illegale Arbeiter zurückgesandt werden sollten. Das Ministerium für Arbeit und Transmigration teilte jedoch mit, die Summe der illegalen Arbeitskräfte sei bei weitem nicht so hoch. Lediglich zwischen 200 und 300 Indonesier würden jeden Monat zurückgeschickt, so ein Mitarbeiter des Ministeriums.

Das Prozedere, wie die malaysische Regierung mit illegalen TKI umgeht, sieht folgendermaßen aus: Zunächst werden die illegalen Kräfte, die der Polizei in Malaysia ins Netz gehen, inhaftiert. Dabei hängt die

Länge der Haft von der Art ihres Vergehens ab. Sobald die TKI ihre Strafe abgesessen haben, werden sie dann auf Kosten der malaysischen Regierung zum nächsten Heimathafen, das heißt generell nach Belawan (Medan) geschickt.

Die weiteren Reisekosten bis zu ihrem Heimatort muss jedoch die indonesische Regierung tragen. Aufgrund der dadurch entstehenden Kosten hat diese bereits einen Brief an die malaysische Regierung geschickt, in dem sie darum bittet, die Arbeiter nach Jakarta oder Surabaya zu schicken.

Das Ministerium für Arbeit und Transmigration ist gerade damit beschäftigt, ein Team zusammenzustellen, das die Rückführung der Arbeiter regelt. Das Team ist erstens für die sichere Heimkehr der TKI zuständig, und zweitens soll es sie durch gezielte Beratung auf den »richtigen Pfad« zurückbringen.

vgl. Kompas, 14.11.2003

## Kriegsrecht in Aceh

Strategie soll nun fortgeführt werden. Gemäß einer Regierungserklärung sind jedoch bisher lediglich 25 Prozent der Militärmacht der GAM zerstört. Auch die politische Situation ist sehr fragil. Dies zeigt sich unter anderem darin, dass die politische Struktur, die in dem Gesetz zu spezieller Autonomie für die Provinz Aceh festgelegt ist, bisher vollständig ignoriert wurde. Denn Jakarta hat beschlossen, die Regenten und Vorsitzenden der Kommunen einfach im Amt zu lassen, obwohl ihre Amtszeit abgelaufen ist. Die Kriegsrechtsverwaltung hat die Macht der zivilen Distriktvorsitzenden übernommen und sie an Offiziere übergeben. Die Kriegsrechtsverwaltung hat außerdem mit der Führung der

Provinz zusammengearbeitet, die bekanntlich korrupt ist. Die Nutzung des staatlichen und provinziellen Budgets in Aceh ist so gut wie nicht transparent.

Generell lässt sich die Bilanz ziehen, dass die bisherige sechsmonatige Operation, im Laufe derer Truppen mit 50.000 Mann Stärke eingesetzt wurden, nur 25 Prozent ihres Ziels erreicht hat. Die Erfolgsrate fällt sogar noch deutlich geringer aus, wenn man die humanitären und ökonomischen Kosten in die Rechnung mit einbezieht. Denn viele Indonesier leben nun in Armut, weil sie zwangsweise zu Flüchtlingen wurden. Insofern ist es mehr als fragwürdig, von einem Sieg des Militärs zu sprechen.

vgl. The Jakarta Post, 11.11.2003

## Kandidaten unglaublich

Adnan Buyung Nasution, ein bekannter Anwalt, gab zu bedenken, dass die meisten Kandidaten, die sich für leitende Positionen in der *Kommission zur Bekämpfung der Korruption* (KPK) beworben haben, einen Mangel an Integrität aufwiesen. Zudem zeigten sie keine wirkliche Bereitschaft, Korruption zu bekämpfen. Aufgrund dieser Probleme äußerte Nasution Zweifel, ob die KPK in der Lage sein werde, die Erwartungen der Bevölkerung hinsichtlich der Bekämpfung der Korruption zu erfüllen. »Unglücklicherweise waren die meisten Kandidaten bisher Leute auf Arbeitssuche oder Pensionäre«, beklagte er sich. Da es den meisten Bewerbern an Glaubwürdigkeit fehlt, glaubt der Anwalt nicht, dass das Auswahlkomitee zehn Bewerber für den Vorstand vorschlagen kann. Er erklärte deshalb, er wolle dem Parlament lieber nur wenige Namen vorschlagen, die dafür aber glaubhaft seien. Er begründete seine Ansicht damit, eine solche wichtige Entscheidung müsse moralisch vertretbar sein, zumal die »Zukunft Indonesiens in der Hand dieser Leute läge«. Diese Lösung lehnte das Parlament jedoch mit der Begründung ab, das Gesetz Nummer 30/2002 sähe vor, dass insgesamt zehn Kandidaten vorgeschlagen würden. Das Parlament werde dann im Sinne des Gesetzes noch einmal selektieren und anschließend die Präsidentin um ihre Zustimmung bitten. Man könne das Gesetz nicht brechen, so ein Sprecher.

Insgesamt sind noch 223 Kandidaten auf der Liste für die KPK. Ursprünglich waren es 513. Das Auswahlkomitee hat nur noch wenig Zeit, sich auf zehn Kandidaten festzulegen. Am 12. Dezember 2003 muss die Auswahl abgeschlossen sein, denn am 27. Dezember soll die KPK bereits ihre Arbeit aufnehmen.

vgl. *The Jakarta Post*, 14.11.2003

## Kreditskandal

Die Zentralbank (BI) hat die Direktoren der Bank BNI für den Kreditskandal der Bank verantwortlich gemacht. Die BNI hatte nicht gedeckte Kredite in Millionenhöhe vergeben. Die BI wirft nun den Direktoren der BNI vor, sie hätten auf eine interne Rechnungsprüfung nicht reagiert. In dieser habe man lange Zeit, bevor der Betrug öffentlich wurde, Unregelmäßigkeiten festgestellt. Hätte die Bank ihre Rechnungsprüfung weiterverfolgt, wären die Verluste, die nun aus dem Skandal resultieren, möglicherweise weit geringer ausgefallen, so Anwar Nasution, der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der BI: »Anfang 2003 gab es eine Rechnungsprüfung, die einen Verdacht hinsichtlich der dubiosen Transaktionen äußerte. Dies wurde den Direktoren mitgeteilt, aber es gab keine Reaktion.« Gemäß Anwar könne eine Geldstrafe von bis zu 7.100 US-Dollar auf die Verantwortlichen zukommen, wenn sie nicht in der Lage seien, die Anschuldigungen zu entkräften. Er sagte, eine Geldstrafe sei aber noch

die geringste Bestrafung, mit der die Direktoren zu rechnen hätten: »Werden sie schuldig gesprochen, können sie auch ein Arbeitsverbot im Bankensektor erwarten«.

Die Kredite wurden zwischen Juli 2002 und Juli 2003 an Exporteure ausgezahlt, ohne dass diese vorher auf ihre Kreditwürdigkeit hin überprüft wurden. Die Exporteure, die Vorgaben, bestimmte Produkte in den Kongo und nach Kenia zu exportieren, gaben als zusätzliche Sicherheit Akkreditive an, die von dubiosen Banken in der Schweiz, in Kenia und den Cook-Inseln ausgestellt worden waren. Diese Banken waren noch nicht einmal Korrespondenzbanken der BNI. Die Exporteure fanden niemals statt. Während mittlerweile zwei der Bankangestellten und weitere sechs Verdächtige, die angeblich die Gelder erhalten haben sollen, in Untersuchungshaft genommen wurden, wird nun vermehrt der Ruf laut, die Direktoren der BNI zu entlassen. Nicht nur haben sie versagt, angemessene Kreditprüfungsverfahren in der Bank zu ga-

# nachrichten

rantieren, sondern sie hatten zusätzlich auch die moralische Verpflichtung als Vorgesetzte, die Schuld für die Fehler ihrer Untergebenen auf sich zu nehmen.

Die nationale Polizei hat bisher 21 Zeugen befragt. Von ihnen arbeiten 16 bei der BNI, zwei sind Mitarbeiter in privaten Unternehmen und drei sind für andere Banken tätig. Zudem hat die Polizei 29 Bankkonten gesperrt, die Firmen und Einzelpersonen gehören, die in Verbindung mit dem Skandal stehen. Insgesamt hat sie außerdem 238.000 US-Dollar an Bargeld und Dokumenten konfisziert.

vgl. *The Jakarta Post*, 14.11.2003

## Finanzministerium

Die Umstrukturierung des Finanzministeriums (MoF) wird im März 2004 abgeschlossen sein, so Finanzminister Boediono. Ein präsidiales Dekret soll erlassen werden, bevor die Reorganisation in Kraft tritt, um eine legale Basis zu schaffen, meinte Boediono: »Wir gehen in die Endphase und erwarten, dass das Dekret zu Beginn nächsten Jahres erlassen wird. Im März wird das Finanzministerium seine Arbeit unter neuen Bedingungen aufnehmen.«

Der Plan hinsichtlich der Umstrukturierung des Finanzministeriums kam Anfang dieses Jahres als Teil des Versuchs auf, die Effizienz zu steigern, klarere Anweisungen zu verfassen, sich überlappende Anordnungen zu verhindern, und bei der Bekämpfung der Korruption zu helfen. Der Plan war ein Resultat eines Abkommens zwischen der Regierung und dem Internationalen Wäh-

rungsfond (IWF) und wurde später als verbindlicher Schritt in die Absichtserklärung (LoI) aufgenommen. Der Plan sieht die Bildung einer neuen Abteilung, das Generaldirektorat des Finanzmanagements, vor. In ihren Aufgabenbereich soll unter anderem das Management des staatlichen Etats fallen.

Diese Abteilung wird nicht nur die Oberaufsicht über die Verteilung von Geldern an Ministerien und Regierungsinstitutionen haben, sie wird außerdem dafür verantwortlich sein, Ressourcen für die Sicherung des staatlichen Budgets aufzutreiben. Dies bedeutet, sie wird als eine Art Manager fungieren, der den Auftrag hat, alternative Geldquellen zu erschließen, Ratschläge zu erteilen und zu bestimmen, in welchen Bereichen im Falle eines Überschusses Investitionen getätigt werden sollen. Die

Vorbereitung von Finanzberichten, Kreditmanagement, Beschaffungspolitik und Vermögensmanagement fallen gemäß Boediono ebenfalls in den Aufgabenbereich der neuen Abteilung.

Zusätzlich sollen zwei weitere Abteilungen eingerichtet werden: die Abteilung für Finanzpolitik und das Generaldirektorat für Haushaltsangelegenheiten und Steuerausgleich. Die beiden Abteilungen werden dabei behilflich sein, das jährliche staatliche Budget festzulegen, die Finanzpolitik und den Steuerausgleich zwischen der Zentralregierung und den Provinzregierungen zu regeln. Gegenwärtig sind die drei Funktionen zwischen verschiedenen Generaldirektoren und Agenturen aufgeteilt.

vgl. *The Jakarta Post*, *Kompas*,

13.11.2003